

»Es droht keine Gefahr für die Demokratie«

Rechtspopulisten untermauern ihre Proteste mit nationalsozialistischen Parolen und verbreiten ihre ausländerfeindlichen Ideologien im Internet. Und das in ganz Europa. Wie stark ist ihr Einfluss wirklich? Fragen an Nico Lange, Experte für Rechtspopulismus bei der Konrad-Adenauer-Stiftung.

VON KERSTIN HERGT

Im Vergleich zu Frankreich, Österreich oder den Niederlanden hatten Rechtspopulisten in Deutschland bisher wenig Erfolg. Warum? Und was hat sich seit dem vergangenen Jahr geändert?

Was rechtspopulistische Gruppierungen betrifft, ist Deutschland in der Tat ein Nachzügler. Das liegt zum einen an unserem Wahlsystem mit seiner Fünf-Prozent-Hürde, aber auch daran, dass die Medien mit dem Thema Migration sorgsam umgehen. In der Berichterstattung stehen Offenheit und Toleranz im Vordergrund. Da haben es Populisten schwer, ihre Argumente zu platzieren. Zum anderen fehlt es den populistischen Gruppierungen hierzulande an charismatischen Anführern wie etwa UKIP-Chef Nigel Farage in Großbritannien oder Marine Le Pen vom Front National in Frankreich. Mit den Wahlergebnissen der AfD, die diese neue Partei in das Europaparlament und einige Landesparlamente einziehen ließ, haben wir aber jetzt in Deutschland eine neue Situation.

Wie groß ist die Wahrscheinlichkeit, dass die AfD bald im Bundestag sitzt?

Die AfD ist eine Mischung aus unterschiedlichen „Antis“. Jeder ist gegen etwas. Aber bis heute gibt es intern keine Verständigung über ein einheitliches Wofür. Was sind die Ziele, was soll erreicht werden? Ob die AfD in der Lage sein wird, bis 2017 diese Hürde zu überspringen, bezweifel ich. Im Übrigen betrifft diese fehlende Verständigung darüber,



NICO LANGE ...

... Jahrgang 1975, studierte Politik-, Kommunikationswissenschaften und Informatik und war unter anderem Referent der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, bevor er 2006 zur Konrad-



wofür man eintritt, auch die vielen anderen populistischen Bewegungen. Aufkommende Protestparteien sind in der Vergangenheit häufig an dieser Hürde gescheitert.

Immerhin eint sie der Islam als Feindbild.

Das reicht aber nicht, um politisch zu überleben. Wir haben es bei den Populisten mit Leuten zu tun, die alle nur recht haben wollen. An einer lösungsorientierten Diskussion und Kompromissen sind sie nicht interessiert. Das ist mit demokratischen Grundsätzen unvereinbar.

Die Vielzahl der Bewegungen, Ortsgruppen und einschlägigen Internetblogs mit ausländerfeindlichen Ideologien erinnert an die Splitterparteienlandschaft am Ende der Weimarer Zeit. Wie gefährdet ist die Demokratie heute sowohl in Deutschland als auch in Europa?

Was Deutschland betrifft, muss man auf dem Teppich bleiben. Da droht keine Gefahr. Die Populisten sind in der Minderheit. Das zeigt sich schon daran, dass Pegida es nicht wirklich schafft, über Dresden hinauszukommen. Auf europäischer Ebene ist die Situation schon bedenklicher. Vor allem der Zusammenschluss von Rechts- und Linkspopulisten, wie jetzt in Griechenland, gibt Anlass zur Sorge. Diese Parteien haben eine Gemeinsamkeit: Sie sind gegen demokratische Grundwerte wie beispielsweise den Parlamentarismus.

» *Der Islam als Feindbild reicht nicht, um politisch zu überleben.* «



Pegida, AfD, „Die Freiheit“, „Identitäre Bewegung Deutschland“, „Pro Deutschland“ – die Namen klingen unverfänglich, die Selbsteinschätzung ist „nicht rechtsradikal“. Wieso sind diese Gruppen so darum bemüht, im bürgerlichen Gewand daherzukommen?

Da hat man sich im Ausland einiges abgeguckt: Marine Le Pen beispielsweise legt eine weniger rechtsextreme Rhetorik an den Tag als seinerzeit ihr Vater Jean-Marie Le Pen. Damit ist sie überaus erfolgreich. Unter dem Deckmantel der Bürgerlichkeit wird versucht, den Eindruck zu erwecken, die breite Mittelschicht zu vertreten. Die grundsätzliche Mobilisierungsstrategie lautet aber trotzdem: „Wir gegen alle anderen.“

Das klingt eher danach, als würden sie das ganze Volk repräsentieren wollen, insbesondere „die kleinen Leute“.

Das ist ja quasi die Definition von Populismus: Man tut so, als wäre man der Anwalt der kleinen Leute. Das heißt nicht, dass man tatsächlich die Positionen der breiten Bevölkerung abbildet.

Wie groß ist das Mobilisierungspotenzial durch Blogs und Foren im Internet?

Das Internet bietet die Möglichkeit, sich abzuschotten und sich unter seinesgleichen zu bewegen. Man liest also nur Nachrichten oder Kom-



DECKMANTEL BÜRGERLICHKEIT

Die französische Rechtspopulistin Marine Le Pen erweckt unter dem Deckmantel der Bürgerlichkeit den Eindruck, die Mittelschicht zu vertreten.



mentare, die einen in der eigenen Sichtweise bestätigen. Das vermittelt auf Dauer den Eindruck, als ob es eine Mehrheit gebe, die so denkt, was aber nicht der Realität entspricht. Solche Menschen zu Dialog und kritischer Auseinandersetzung zu bewegen, ist schwierig. Problematischer finde ich aber den ausartenden aggressiven und beleidigenden Ton von rechtspopulistischen Texten und Kommentaren im Netz.

Auch auf der Straße wird der Ton rauer. Angesichts von Parolen wie „Hier marschiert der nationale Widerstand“ gewinnt man den Eindruck, nationalsozialistisches Vokabular sei plötzlich wieder salonfähig. Und das im Gedenkjahr an das Ende des Zweiten Weltkriegs, wo besonders nachdrücklich an das Nichtvergessen gemahnt wird. Wie kommt es zu diesem krassen Widerspruch?

Von „salonfähig“ würde ich nicht sprechen. Die breite Masse steht nicht dahinter und benutzt auch kein solches Vokabular. Ich finde in dem Zusammenhang entscheidend, was Bundespräsident Joachim Gauck anlässlich des Jahrestages der Befreiung von Auschwitz gesagt hat: „Aus dem Erinnern ergibt sich ein Auftrag.“ Für mich gehört dazu auch die Beantwortung der Frage, ob zeitgeschichtlicher Unterricht in Schulen den Stellenwert hat, den er haben sollte. Die Konrad-Adenauer-Stiftung geht dieser Frage zurzeit mit einer Studie nach.

» **Problematisch ist der aggressive und beleidigende Ton von rechtspopulistischen Texten im Internet.** «



»Es droht keine Gefahr für die Demokratie«

Wie sehr schaden Pegida und Co. dem Ansehen Deutschlands in der Welt?

Die Konrad-Adenauer-Stiftung ist in mehr als hundert Ländern aktiv. Wir werden schon sehr genau danach gefragt, was sich hier abspielt. Dabei steht aber weniger Deutschland im Zentrum des Interesses als vielmehr die populistische Bewegung in Europa. Auf Deutschland bezogen, können viele aus dem Ausland nicht verstehen, dass dieser Hort von Stabilität und Wohlstand so viel Anlass zu Kritik und Wut gibt. Insgesamt ist das Deutschlandbild nicht negativ. Das liegt nicht zuletzt auch an Angela Merkel, die international hohes Ansehen genießt. Gleichwohl muss Deutschland als ein Land, das Einwanderung braucht und vor allem wirtschaftlich auf gute internationale Beziehungen angewiesen ist, auf sein Image achten.

Angela Merkel hat mit ihrem Satz „Der Islam gehört zu Deutschland“ den Versuch unternommen, sich klar zu positionieren. Viele ihrer Unionsleute haben ihr dafür im Bundestag demonstrativ den Applaus verweigert. Ist das ein Punkt für Pegida?

Nein. Ich glaube auch nicht, dass es in dieser Haltung einen Dissens gibt. Zentraler Streitpunkt ist eher die Frage des Verhältnisses von Islam und Islamismus.



RECHTE PAROLEN IM NETZ

Das Internet bietet Rechtspopulisten eine Plattform, Hetze und ausländerfeindliche Parolen zu platzieren.



Was können und müssen demokratische Parteien leisten, um rechtspopulistische Gruppen zu „entzaubern“ und deren Zulauf Einhalt zu gebieten?

Politische Parteien haben generell die Aufgabe, Lösungen für ein Miteinander in der Zukunft zu finden. Die Schwierigkeit ist, dass wir in einer sehr individualisierten Gesellschaft leben. Jeder will, dass vor allem seine eigenen Probleme gelöst werden. Unsere Entwicklung hält manche Zumutung für jeden bereit, das Leben ist komplex, und Komplexität erzeugt Unbehagen. Daraus wiederum resultiert die wachsende Sehnsucht nach einem einfachen Bild unserer Gesellschaft. In einer Demokratie zu leben ist anstrengend. Aber die Vorteile überwiegen nun mal. Das muss die Politik immer wieder herausstellen. Sie muss für noch mehr Wertschätzung demokratischer Grundsätze werben. ■

» **Die Politik muss für mehr Wertschätzung der demokratischen Grundsätze werben.** «

